

Bericht*

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Dieter
Janecek, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/21266 –**

**Mit einer Technologie-Task Force Innovationen schnell umsetzen und auf Krisen
vorbereitet sein**

* Die Beschlussempfehlung wurde auf Drucksache 19/24594 gesondert verteilt.

Bericht der Abgeordneten Andreas Steier, Markus Paschke, Dr. Michael Ependiller, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Petra Sitte und Dr. Anna Christmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/21266** in seiner 174. Sitzung am 11. September 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist darauf hin, dass die aktuelle COVID 19-Krise sowie bereits vorhergehende Krisen die Notwendigkeit aufgezeigt hätten, mit Technologien und digitalen Anwendungen schnell reagieren und sich anzupassen zu können. Rückblickend werde sehr deutlich, wie groß die Versäumnisse im Bereich technologischer Innovationen auf Grund der verfehlten Digitalpolitik der Bundesregierung der vergangenen Jahre seien, wie z. B. beim fehlenden Breitbandausbau. Daher brauche es eine wirksame Koordination auf höchster Ebene, um technologische Innovationen konsequent voranzutreiben. Die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN, auf die sich die weltweite Gesellschaft geeinigt habe, sowie das Vorsorgeprinzip, welches primärrechtlich in der EU verankert sei, lieferten dafür wichtige Leitplanken. Deutschland gehöre weltweit zu den technologischen Spitzenreitern. Es mangle jedoch häufig an einer schnellen Übersetzung von innovativen Ideen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in die Ministerien, Behörden und Verwaltungen.

Eine Technologie Task-Force (TTF) könne technologische Innovationsprozesse bündeln, begleiten und ihre Umsetzung unterstützen. Sie verschaffe einen Überblick darüber, welche technologischen Neuerungen in der Gesellschaft gebraucht und welche Ideen von den Entwicklerinnen und Entwicklern bereitgestellt würden und könne diese miteinander vernetzen und an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausrichten.

Die Bundesregierung solle insbesondere aufgefordert werden,

- eine interdisziplinäre Technologie Task-Force, angesiedelt beim Bundeskanzleramt, aufzubauen, welche
 - interdisziplinär und divers aus Expertinnen und Experten aus den Bereichen Digitalisierung, Innovation und Verwaltung zusammengesetzt ist,
 - mit einem Budget für ihre eigene Finanzierung ausgestattet ist und für die Umsetzung von Projektideen auf ein Digitalbudget zugreifen kann,
 - rechtlich durch eine begrenzte Experimentierklausel den Raum für innovatives Handeln bekommt und über eine Kooperationsvereinbarung fest mit den Ministerien zusammenarbeitet,
 - innovative und explorative Methoden verwendet, transparent arbeitet und bei der Entwicklung, Förderung und Umsetzung auf vertrauensstärkende Werte, wie Offenheit und Rechtsstaatlichkeit setzt,
 - technologische Innovationen bündelt,
 - zentrale Ansprechstelle für innovative Ideen und Technologie-Entwicklerinnen und -Entwickler ist,
 - vielversprechenden Ideen zur Umsetzung verhilft und sie dafür organisatorisch und bei der Finanzierung unterstützt,
 - die Innovationsteams in den Bundesministerien koordiniert und bei Innovationsprozessen zur Seite steht;
- in allen Bundesministerien und obersten Behörden Innovationsteams aufzubauen, zusammengesetzt aus Expertinnen und Experten aus der Verwaltung und Wirtschaft, die sich im Rahmen ihrer Innovationsprozesse

mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft austauschen, ressortspezifisch als Ansprechpartner fungieren und schnelle Modelllösungen und wo nötig auch Budget aus ihrem eigenen Ressort oder über das Digitalbudget unkompliziert bereitstellen;

- ein Digitalbudget in Höhe von 500 Mio. EUR zusätzlich zu den in den Ministerien veranschlagten Haushaltsposten regulär durch das Parlament bereitzustellen, auf welches sich die TTF und die Innovationsteams aller Ministerien mit innovativen Projektideen im Bereich technologischer Anwendungen, welche über die regulären Strukturprojekte der Ministerien hinausgehen, bewerben können, und zwar sowohl einzeln als auch in Kooperation mit einem oder mehreren anderen Ressorts. Die Entscheidung, welches Projekt wie viel Geld bekommt, soll am Ende das Digitalkabinetttreffen treffen;
- eine Innovationsstiftung für nachhaltige, und soziale digitale Anwendungen (INSDA) (vgl. Bundestagsdrucksache 19/5667) zu gründen, und so die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz für die Gesellschaft zu nutzen und vor allem die ökologischen, klimaschützenden und sozialen Potenziale von KI für die Unterstützung und Modernisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft umzusetzen. Die TTF kann innovative Initiativen mit dieser Stiftung vernetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/21266 in seiner 90. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/21266 in seiner 111. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/21266 in seiner 64. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, es bestehe oftmals eine Lücke zwischen den zivilgesellschaftlichen Innovationstreibern in Wissenschaft, Wirtschaft sowie Start-ups und der Verwaltung. Zur Schließung dieser Lücke schlage man vor, eine Technologie Task-Force am Kanzleramt anzusiedeln, die diese Ideen an das Regierungshandeln herantrage. Diese Task-Force sollte interdisziplinär zusammengesetzt sein und attraktivere Bedingungen anbieten, als das typischerweise im öffentlichen Dienst der Fall sei. Auf diese Weise könnten Menschen mit Praxiserfahrung und Zugängen zu verschiedenen Bereichen in die Verwaltung geholt und aktiv der Austausch mit Startups, Wissenschaft und Wirtschaft gesucht werden.

Innovationsprozesse wie beispielsweise die Entwicklung der „Corona-Warn-App“ hätten hierdurch stärker gebündelt und beschleunigt werden können und wären dadurch von Verwaltungsseite aus krisenresistenter. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt auf, dass auf dem „WirVsVirus-Hackathon“ viele gute Ideen entwickelt worden seien, aber am Ende unklar sei, was mit diesen Ideen eigentlich passiere. Einige würden aus Eigeninitiative weiterentwickelt, andere hätten kein Budget und ein paar andere wiederum würden unterstützt. Dies sei sehr unübersichtlich. Man vergebe wichtige Möglichkeiten, technologische Entwicklungen zu nutzen, um schnell zu reagieren, wenn es notwendig sei. Hinsichtlich der Corona-Pandemie gebe es neben der App beispielsweise

auch eine Entwicklung, die mit künstlicher Intelligenz am Husten erkenne, ob jemand mit SARS-CoV-2 infiziert sei oder nicht. Dies sei eine erhebliche Chance, weil ein solcher Klangtest sehr günstig sei.

Solche Entwicklungen müssten schneller umgesetzt werden und Eingang in die Verwaltung finden. Die Technologie Task-Force solle auch zur Vernetzung bestehender Innovationseinheiten dienen. Es sei positiv, dass an Ministerien Innovationseinheiten wie der health innovation hub (hih) entstanden seien. Diese hätten aber im Moment alle sehr unterschiedliche Aufstellungen und es sei unklar, ob sie dauerhaft oder nur übergangsweise bestehen sollten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle ein Netzwerk aus diesen Innovationseinheiten am Bundeskanzleramt bündeln und mit einem digitalen Budget von 500 Millionen Euro verbinden, damit auch kurzfristig Projekte umgesetzt werden könnten.

Es sei zu begrüßen, dass der „DigitalServices4Germany“ am Kanzleramt aufgebaut werde. Dieser gehe in eine ähnliche Richtung, sei aber noch zu beschränkt, um die Lösungen direkt zu programmieren. Mit der Technologie Task-Force verfolge man einen breiteren Ansatz.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stimmt zu, dass Deutschland weltweit zu den technologischen Spitzenreitern gehöre. Ein Grund hierfür sei, dass man in der Bundesregierung die Zuständigkeit im Bereich technologischer Forschungen in einem Ministerium, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), gebündelt habe und von dort die Innovationspolitik vorantreibe.

Die Bundesregierung habe in den letzten Jahren verschiedene Strategien entwickelt. Ein Kernthema aber sei die Hightech-Strategie, die die verschiedenen Projekte zusammenfasse und die Forschung fördere.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe in ihrem Antrag die Änderung verschiedene Bereiche aufgeführt, die in der Task-Force im Kanzleramt zusammengefasst werden sollten. Sie vermische dabei die allgemeine Technologie- und Innovationsförderung in Deutschland mit der Förderung der Anwendung von künstlicher Intelligenz (KI) sowie mit der Umsetzung von technologischen Innovationen in digitalen Anwendungen und anderen Bereichen. Es müsse jedoch klar unterschieden werden, über welche Technologien man spreche.

Die Bundesregierung habe das Thema Digitalisierung schon durch das Digitalkabinett als Task-Force im Bundeskanzleramt etabliert. Eine zusätzliche Task-Force führe zu Abgrenzungsschwierigkeiten bei den Kompetenzen und sei nicht zielführend. Es gelte, sich auf die Beschleunigung der Digitalisierung zu konzentrieren. Hierbei sei der Pakt für Forschung und Innovation zu nennen. In diesem habe die CDU/CSU-Fraktion Kriterien für das Thema Transfer prägnant aufgesetzt. Zur Schließung der Lücke bei der Umsetzung seien in den nächsten zehn Jahren insbesondere die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gefordert. Ferner gebe es verschiedene Programme zur Beschleunigung dieses Transfers, welche teilweise am BMBF eingerichtet seien. An der Schnittstelle zwischen Forschung und Innovation seien diese zum Teil jedoch auch am Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) angesiedelt. Hier gebe es Kompetenzzentren wie zum Beispiel „Mittelstand 4.0“, in denen Unternehmen beraten werden könnten. Man sei daher auch ohne Task-Force gut aufgestellt. Die angestoßenen Maßnahmen müssten lediglich umgesetzt werden.

Die **Fraktion der AfD** pflichtet bei, dass Deutschland durchaus Probleme bei der Digitalisierung habe und in vielen Bereichen hinterherhinke. Dies betreffe vor allem die Umsetzung. Sehr viele Projekte der Umsetzungsstrategie der Bundesregierung würden noch laufen und deren Ende sei noch nicht abzusehen. Zwar klinge die Gründung und Etablierung einer Task-Force grundsätzlich erst einmal gut, man sehe aber auch das Problem einer Doppelstruktur. Die lange Auflistung der verschiedenen Projekte zeige, dass zunächst die vorhandenen Projekte evaluiert werden müssten.

Mit der Task-Force würde zudem der Verwaltungsapparat in den Ministerien weiter aufgebläht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlage vor, der Task-Force ein Budget von 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die AfD-Fraktion sei jedoch grundsätzlich der Meinung, dass die Ministerien selbst über genug Finanzmittel verfügten. Es brauche eine Investitionsstrategie der Ministerien. Die Digitalisierung solle letztendlich Geld sparen. Die veranschlagten 500 Millionen Euro wären daher besser in den Netzausbau investiert.

Zudem ergebe sich das Problem der „Zerfaserung“ der Zuständigkeiten. Die Ministerien würden sich selbst aus der Verantwortung ziehen können, wenn sie auf diese Task-Force verweisen könnten. Das Problem des Digitalkabinetts sei unter anderem, dass die Ministerien dieses nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich arbeiten ließen. Hier müsse Druck ausgeübt werden. Es sei an der Stelle anzusetzen, dass die Ministerien selbst das Projekt Digitalisierung nicht prioritär fokussierten.

Hinsichtlich der Umsetzung sei man der Meinung, dass man die entsprechende Rahmensetzung am Markt brauche, damit man auch die Privatwirtschaft beauftragen könne. Bei der von SAP und Telekom entwickelten Corona-Warn-App habe dies durchaus funktioniert. Daher stelle man infrage, dass eine Task-Force hierbei Nutzen generiert hätte.

Im Ergebnis lehne man den Antrag ab, da der falsche Ansatz gewählt worden sei. Man brauche nicht noch mehr Verwaltungseinheiten und neue Organisationseinheiten, die sich Zuständigkeiten teilen. Problematisch sei ferner, dass mit einem Budget von 500 Millionen Euro lediglich eine fragwürdige Wirkung erzielt würde.

Die **Fraktion der SPD** wendet ein, dass eine weitere Instanz in der Regel das Verfahren nicht beschleunige, sondern eher verzögere, weil es im Vergleich viel mehr Abstimmungsprobleme und Klärungsbedarf gebe. Zudem schaffe man Parallelstrukturen. Es gebe das bereits angesprochene Hightech-Forum, aber auch die Agentur für Sprunginnovationen. An diese könnten sich Entwickler etc. zur Förderung ihrer Projekte wenden. Es sei wesentlich sinnvoller, einen Transfer von der Forschung auch in die Umsetzung stärker zu fördern. Dies betreffe nicht nur die Ministerien, vielmehr heiße das, dass die Forschungsergebnisse allen besser zugänglich gemacht werden müssten.

Der Antrag gehe davon aus, dass sich der Bedarf an Innovationen zentral ermitteln und steuern ließe. Eine innovative Forschung und Gestaltung von Rahmenbedingungen seien jedoch wesentlich für die Zukunft und müssten dort unterstützt werden, wo Ideen und Konzepte entwickelt würden. Die SPD-Fraktion erklärt, man unterstütze auch schon Schwerpunkte in der Wasserstoffstrategie, Klimaforschung, Gesundheitsforschung, Materialforschung und Bioökonomie. Das alles bedürfe zwar einer besseren Umsetzung, dafür brauche man aber keine zusätzliche Task-Force. Vielmehr seien Innovationen besser realisierbar, indem man die Strukturen verknüpfe und die Akteure zusammenführe.

Die **Fraktion der FDP** beanstandet, dass es unklar sei, ob mit dem vorliegenden Antrag ein Frühwarnsystem für schnelles Handeln oder eine generelle Lösung für eine bessere Koordination geschaffen werden solle. Letzteres habe die FDP-Fraktion als Digital- und Innovationsministerium schon lange gefordert. Die Verteilung eines Budgets in Höhe von 500 Millionen Euro auf Innovationsteams führe letztlich zu einer Konkurrenzsituation der Task-Force mit dem BMBF.

Wenn schon ein Frühwarnsystem gefordert werde, so brauche man ein Frühwarnradar mit einer datengestützten Analyse von Zitationen, Patenten, Start-up-Gründungen, Start-up-Konzentrationen und den Wanderungsbewegungen von Wissenschaftlern.

Die Agentur für Sprunginnovation sei als strukturelle Lösung sinnvoll – wobei sie leider noch nicht springe. Die Einrichtung dieser Task-Force für Innovationen sei keine Lösung. Hier läge es vielmehr in der Kultur und der Mentalität der mit den Themen befassten Personen. Die FDP-Fraktion werde den Antrag aufgrund der Verworfenheit ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** äußert, man teile grundsätzlich die dem Antrag zugrundeliegende Kritik. Es bedürfe einer schnellen Übersetzung von Innovationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie im Verwaltungsbereich zwischen Ministerien, Behörden und Verwaltung. Man bezweifle jedoch, dass die Technologie Task-Force dies leisten könne, insbesondere, da schon jetzige Strukturen, die auf der Ebene der Bundesregierung geschaffen worden seien, nicht geleistet hätten, was man von ihnen erwartet habe. So habe beispielsweise das Digitalkabinett nicht deutlich machen können, dass die Ministerien moderne Innovationstreiber für den digitalen und technologischen Wandel seien. Ein Digitalkabinett beim Kanzleramt anzusiedeln sei im Grunde keine schlechte Idee gewesen, aber ohne weitere Strukturen, ohne personelle Ausstattung und ohne eigenes Budget habe dieses nicht erfolgreich sein können. Die Fraktion DIE LINKE. bezweifelt, dass eine Task-Force die Probleme beheben könne. Vielmehr käme ein Mosaikteil in diesem Überbau hinzu, welches unter Umständen weitere Probleme schaffe und Reibungsprobleme verursache.

Des Weiteren werde auch nicht deutlich, in welchem Verhältnis die Task-Force zur Agentur für Sprunginnovationen stehen solle. Die bestehenden Fördermöglichkeiten und Programme für innovative Start-ups sollten lieber gestärkt, besser ausgestattet und entbürokratisiert werden.

Die Fraktion DIE LINKE. bemängelt die technikorientierte Ausrichtung des Antrags und betont, dass man ein anderes Innovationsverständnis habe, bei dem auch Fragen der Transformationsforschung und sozialer Innovation

integriert seien. Vor dem Hintergrund, dass sozialökonomische und sozialökologische Veränderungen in dieser Gesellschaft zwingend notwendig seien, werde sich die Fraktion DIE LINKE. daher enthalten.

Berlin, den 4. November 2020

Andreas Steier
Berichtersteller

Markus Paschke
Berichtersteller

Dr. Michael Ependiller
Berichtersteller

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Dr. Anna Christmann
Berichterstellerin

